

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat**Motion Fraktion SP/JUSO (Liselotte Lüscher, SP/Ernst Stauffer ARP): Der Stehstress in der Stadt Bern muss endlich ein Ende haben!; Abschreibung**

Mit SRB 566 vom 6. November 2008 hat der Stadtrat folgende Motion erheblich erklärt, zu welcher er am 9. Dezember 2010 eine Fristverlängerung bis 30. Juni 2011 gewährt (SRB 737) und am 3. November 2011 die Abschreibung abgelehnt hat (SRB 471):

Viele von uns haben sich auf den Baldachin und den neuen Bahnhofplatz gefreut. Doch einige sind nun in einem Punkt enttäuscht: An den Haltestellen der Trams 3, 5 und 9, sowie dem Bus 12 gibt es meist überhaupt keine Möglichkeit zu sitzen. Die drei Bänke für die vier Perrons sind voll und wenn man höflich fragt, darf man sich vielleicht zwischen drei oder, wenn sie eher dünn sind, vier dort wartende Personen hineinquetschen. Dann kann man sich das Schimpfen über die fehlenden Sitzgelegenheiten in der Stadt Bern anhören. Auf den zwei mittleren Perrons gibt es überhaupt keine Sitzgelegenheit, dort setzen sich Junge oft einfach auf den Boden, denn auch Junge stehen nicht immer gern, und die älteren warten mit Schmerzen in den Knien, in den Hüften oder im Rücken bis ihr Tram kommt, abends stehen sie fast eine Viertelstunde. In der Spitalgasse gibt es zwar ein paar Sitzgelegenheiten, aber auch diese sind so schmal, dass praktisch nur eine Person dort Platz findet. In der Marktgasse finden sich gar keine Sitzgelegenheiten. Hier sitzen die Jungen auf den Stufen vor der Laube und die Älteren, die sich nicht mehr so leicht aus einer Kauerstellung erheben können, haben zu marschieren. Wie wird es wohl im Bärenpark sein, ist der ausschliesslich für Leute gedacht, die stehen können, bis sie irgendwo einen Bär sichten?

Man kann es nur wiederholen: in Bern gibt es rund 20 Prozent ältere Leute, die mindestens zum Teil Probleme haben beim Stehen, sei es weil ihre Füsse schmerzen, ihr Rücken schlechter geworden ist, ihre Knie wehtun. Auch jüngere Personen sitzen oft gern, vielleicht nicht weil sie Schmerzen haben, sondern weil sie müde sind oder vielleicht weil sie wegen einem Sportunfall am Stock gehen.

Es ist nicht zu verstehen, warum eine eigentlich menschenfreundliche Stadt wie Bern für ihre Bevölkerung so wenige Sitzgelegenheiten bereitstellt. So kann es nicht weitergehen.

Wir fordern deshalb vom Gemeinderat, dass er

1. raschmöglichst ein Konzept für Sitzgelegenheiten in der Stadt Bern – insbesondere für den Raum Bärenpark bis Hirschengraben
2. und eine Kreditvorlage zu dessen Umsetzung zuhanden des Stadtrats erarbeitet.

Bern, 14. August 2008

Dringliche Motion Fraktion SP/JUSO mit ARP (Liselotte Lüscher, SP / Ernst Stauffer, ARP), Markus Lüthi, Giovanna Battagliero, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Stefan Jordi, Rolf Schuler, Beni Hirt, Margrith Beyeler-Graf, Ursula Marti, Christof Berger, Miriam Schwarz, Andreas Zysset, Beat Zobrist, Guglielmo Grossi, Michael Aebersold

Bericht des Gemeinderats

Ausgangslage

Mit Bericht vom 29. Juni 2011 hat der Gemeinderat dem Stadtrat beantragt, die Motion Fraktion SP/JUSO mit ARP aus dem Jahr 2008 abzuschreiben. Er legte in seiner damaligen Antwort dar, dass seit Herbst 2008 an innerstädtischen Standorten insgesamt 20 zusätzliche Sitzgelegenheiten eingerichtet worden seien, dass aber das Aufstellen weiterer Sitzbänke in der Innenstadt aufgrund des hohen Nutzungsdrucks und der engen Raumverhältnisse nicht sinnvoll sei. Die vorhandenen Freiflächen hätten in erster Linie als Zirkulations- und Durchgangsräume für Fussgängerinnen und Fussgänger bzw. für den öffentlichen Verkehr zu dienen. Das mit der Motion verlangte übergeordnete Konzept für das Aufstellen von Sitzmöglichkeiten verspreche deshalb kaum einen Zusatznutzen. Das Anbringen zusätzlicher Sitzmöglichkeiten solle deshalb auch künftig stets situativ und abgestimmt auf die jeweiligen speziellen Raumverhältnisse und Nutzungen geprüft werden.

Zwar unterstützte die vorberatende Kommission mehrheitlich den Abschreibungsantrag des Gemeinderats. Eine Mehrheit des Stadtrats befand indessen, der Gemeinderat sei zu wenig auf die Anliegen eingegangen und lehnte mit SRB 471 vom 3. November 2011 die Abschreibung ab. Seither führte die federführende Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün (TVS) verschiedene Gespräche mit Vertretungen der Motions-Parteien und des Rats für Seniorinnen und Senioren mit dem Ziel, eine Lösung zu finden, welche den Bedürfnissen nach vermehrten Sitzgelegenheiten und den einschränkenden Aspekten möglichst gut gerecht wird. Die damit zusammenhängenden Fragestellungen wurden zudem einerseits im Rahmen des breit angelegten Projekts „Umsetzung hindernisfreier Raum (UHR)“ vertieft analysiert und die Ergebnisse sind in den vom Gemeinderat im August 2016 verabschiedeten Schlussbericht des Projekts UHR eingeflossen. Andererseits haben sowohl die ersten Ergebnisse der 2016 durchgeführten Mitwirkung zum Richtplan Fussverkehr als auch die Erkenntnisse der im Herbst 2016 für die Innenstadt ausgelösten „Public Space Public Life Studie“ gezeigt, dass insbesondere in der Innenstadt ein verstärktes Bedürfnis nach zusätzlichen Sitzgelegenheiten besteht. Weil diese Abklärungen wichtige Erkenntnisse für die sich stellenden Fragen geliefert haben, hat sich die vorliegende Vorstossantwort über Gebühr verzögert.

Vorhandene Sitzgelegenheiten

Die Motion erwähnt explizit den Perimeter Bärenpark bis Hirschengraben. Eine Analyse der Sitzgelegenheiten im diesem Perimeter hat gezeigt, dass viele Möglichkeiten zum Sitzen unterschiedlichster Art vorhanden sind. Ein Grossteil davon ist im Inventar, welches zur Beantwortung der Motion eigens erstellt wurde und gesamtstädtisch rund 2 710 Sitzgelegenheiten ausweist, gar nicht enthalten. Grund: Insbesondere in der unteren Altstadt weisen die für Bern typischen Laubenbögen eine Vielzahl von Möglichkeiten zum Sitzen auf. Der grösste Teil dieser Sitzgelegenheiten im Bereich der Lauben befindet sich auf Privatgrund (und fand deshalb nicht Aufnahme im erwähnten Sitzbankinventar), ist aber - wie der gesamte Laubenbereich - der Öffentlichkeit jederzeit zugänglich. Mit der Münsterplattform steht in der unteren Altstadt zudem ein attraktiver Grünraum zu Verfügung, welcher seinerseits ebenfalls zahlreiche Sitzgelegenheiten aufweist.

Die obere Altstadt unterscheidet sich nicht nur im Charakter der Gassen, sondern auch punkto Nutzungsdruck deutlich von der unteren Altstadt. Der Primärnutzung, d. h. dem Fussgängerverkehr, muss aufgrund der hohen Frequenzen entsprechende Bedeutung beigemessen werden. Hinzu kommen Faktoren wie der öffentliche Verkehr, Anlieferung, Märkte, Veranstaltungen und die Flächen für die Aussenbestuhlung, welche das Einrichten zusätzlicher Sitzgelegenheiten weiter erschweren. Auch die Lauben sind dem Charakter der oberen Altstadt angepasst: In die Laubenbögen integrierte Sitzgelegenheiten sind hier nicht vorhanden. Das Treiben in der oberen Altstadt ist deutlich geschäftiger als in der unteren Altstadt.

Das heisst jedoch nicht, dass in der oberen Altstadt gar keine Möglichkeiten zum Sitzen vorhanden sind. Auf dem Casino-, Bären-, Waisenhaus- und dem Bahnhofplatz, aber auch im Bereich der Parkanlage Grabenpromenade rund um das Erlach-Denkmal, auf der Kleinen Schanze, der Bundesterrasse und im Hirschengraben verfügt die Stadt Bern im Bereich der oberen Altstadt über rund 230 Sitzgelegenheiten. Dass in dieser Aufzählung die Gassen der oberen Altstadt fehlen, liegt - wie schon erwähnt - daran, dass der Nutzungsdruck auf die vorhandenen Flächen sehr hoch ist.

Abklärungen mit dem Rat für Seniorinnen und Senioren

Um dennoch im Sinne der Motion handeln zu können, wurde - wie erwähnt - das Gespräch mit dem Rat für Seniorinnen und Senioren der Stadt Bern gesucht. Der Rat reichte daraufhin im September 2014 eine Liste ein, wo seiner Ansicht nach Bänke und Überdachungen an Haltestellen des öffentlichen Verkehrs fehlen. Eine Arbeitsgruppe unter Federführung des Tiefbauamts evaluierte in den Jahren 2014/2015 auf Basis der Liste des Rats für Seniorinnen und Senioren, wo Verbesserungen an ÖV-Haltestellen möglich sind. Die Liste enthielt teilweise Haltestellen, welche nicht auf Berner Stadtgebiet liegen. Letztlich beurteilte die Arbeitsgruppe 67 Haltestellen an 44 Standorten. An 60 dieser 67 Haltestellen wünschte sich der Rat für Seniorinnen und Senioren eine Wartehalle, an 58 Haltestellen Sitzbänke. Als Ergebnis empfahl die Arbeitsgruppe, folgende Elemente umzusetzen:

- 4 Wartehallen an 4 Haltestellen: Dübystrasse (stadtauswärts), Helvetiaplatz (stadtauswärts), Thunplatz (stadtauswärts), Weyermannshaus Bad (Endhaltestelle Linie 27).
- 33 Sitzbänke an 26 Haltestellen.

Von den 33 Sitzbänken wurden als Sofortmassnahme bereits zehn umgesetzt, die 23 weiteren werden folgen.

Interfraktionelle Motion AL/GPB-DA/PdA+, BDP/CVP „Behindertengerechte Sitzbänke dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden!“

Die Thematik der Sitzbänke ist ebenfalls Bestandteil der Interfraktionellen Motion AL/GPB-DA/PdA+, BDP/CVP „Behindertengerechte Sitzbänke dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden!“. Diese Motion wurde am 5. November 2015 eingereicht und fordert die Festlegung von Standards für eine hindernisfreie Sitzbank sowie bis 2020 den Ersatz der Hälfte aller Sitzbänke in der Stadt Bern durch hindernisfreie Bänke.

Projekt hindernisfreier öffentlicher Raum (UHR)

Dem Gemeinderat ist es ein grosses Anliegen, den öffentlichen Raum so hindernisfrei wie möglich auszugestalten, um dadurch auch Menschen mit Behinderungen und älteren Personen eine selbstbestimmte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Seit Inkrafttreten des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG) im Jahr 2004 hat die Direktion TVS bereits verschiedene Teilaspekte aufgegriffen, bearbeitet und umgesetzt. So wurden unter anderem bis im Ende 2010 flächendeckend 1 750 Trottoirabsenkungen an Querungsstellen vorgenommen. Im Dezember 2013 hat der Gemeinderat die Direktion TVS (Tiefbauamt) mit der Erarbeitung des Projekts UHR beauftragt. Im Rahmen dieses umfassenden Projekts wurden seither Standards für die hindernisfreie Ausgestaltung der Anlagen im öffentlichen Raum erarbeitet. Den dazugehörigen Schlussbericht hat der Gemeinderat im August 2016 verabschiedet. Nebst allen dafür relevanten städtischen Ämtern waren auch die Behindertenorganisationen involviert.

Eine hohe Dichte an Sitzbänken sowie deren hindernisfreie Ausgestaltung sind nach Ansicht des Gemeinderats die Voraussetzung dafür, den öffentlichen Raum für ältere Personen und Menschen mit Gehbehinderungen zugänglich zu machen. Im Rahmen des Projekts UHR wurden daher auch Standards für die hindernisfreie Ausgestaltung von Sitzbänken festgelegt und 100 zusätzliche

Bankstandorte vorgesehen. Das entsprechende Teilprojekt übernimmt zudem die Aufgabe, die verschiedenen Anliegen betreffend Sitzgelegenheiten zu koordinieren.

Mitwirkung Richtplan Fussverkehr

Die öffentliche Mitwirkung des revidierten Richtplans Fussverkehr, welche von Mai bis September 2016 dauerte, hat das Bedürfnis nach mehr Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum bestätigt. Es wird gewünscht, dass sich der Richtplan auch dem Thema Ruheorte bzw. Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum annimmt. Generell werden Aussagen zum konkreten Standard des Fussverkehrsnetzes vermisst. Aufgrund dieser Rückmeldungen plant die Fachstelle Fuss- und Veloverkehr, Standards für die verschiedenen Netzkategorien des Fusswegnetzes (publikumsintensive Achsen, Basisnetz, Feinverteilernetz) sowie „Flanier-Konzepte“ (Arbeitstitel) auszuarbeiten, welche insbesondere die Grünraumschliessung, die Beleuchtung und die Anordnung von Sitzgelegenheiten koordiniert. Ein besonderer Fokus wird dabei in einem ersten Schritt auf die Innenstadt gelegt.

„Public Space Public Life Studie“ Innenstadt

Als eine der Schlüsselmassnahmen des geplanten neuen Richtplans Fussverkehr will der Gemeinderat in der Berner Innenstadt die Aufenthaltsqualität für Jung und Alt verbessern: Die Fussgängerinnen und Fussgänger sollen sich möglichst hindernisfrei und sicher bewegen können und zudem im Stadtzentrum attraktive Orte zum Verweilen vorfinden. Dazu gehören etwa gute Sitzgelegenheiten in ausreichender Zahl sowie vielfältige Möglichkeiten zum Austausch mit anderen Menschen. Der erste Schritt für die angepeilten Verbesserungen besteht in der Erarbeitung einer sogenannten „Public Space Public Life Studie“, welche der Gemeinderat im Juli 2016 ausgelöst hat. Das Vorgehen beruht auf den vom renommierten dänischen Planer Jan Gehl entwickelten Grundsätzen und ist weltweit bereits mehrfach mit grossem Erfolg angewendet worden, so etwa in New York, Sydney, Moskau, Zürich, London, Stockholm oder Dublin. Die dabei angewandte Methode stützt sich in erster Linie auf systematische Beobachtungen des betroffenen städtischen Raums sowie der Nutzungen, die sich darin abspielen. Zum Einsatz kommen dabei sowohl quantitative (Zählungen, Messungen etc.) als auch qualitative Methoden (z.B. Interviews). Kurz: Es geht darum, herauszufinden, wo und zu welchem Zweck sich Personen in der Berner Innenstadt aufhalten. Für die Durchführung dieser Studie hat der Gemeinderat in eigener Kompetenz einen Kredit von Fr. 150 000.00 gesprochen. Der Auftrag wurde im Rahmen eines beschaffungsrechtlichen Einladungsverfahrens der dänischen Firma Gehl Architects erteilt.

Die Firma Gehl Architects hat die Studienarbeiten im August 2016 aufgenommen, inzwischen liegen erste Teilresultate vor. Dabei hat sich bestätigt, dass in der Innenstadt ein Bedarf an zusätzlichen Sitzgelegenheiten besteht. Es ist vorgesehen, dazu 2017 vertiefte Abklärungen durchzuführen und konkrete Vorschläge zu erarbeiten.

Umsetzung (im Rahmen des Teilprojekts UHR Sitzgelegenheiten)

Gestützt auf die erwähnten Abklärungen, geht der Gemeinderat von folgendem Umsetzungsplan aus, welcher über das Teilprojekt UHR Sitzgelegenheiten koordiniert wird:

- 2016/17 ▪ Evaluation von altersgerechten und hindernisfreien Sitzbankmodellen.
- 2017 ▪ Kreditantrag I für ca. 270 Sitzbänke (Realisierung 2017/2018).
 - Realisierung von ca. 20 „Pilotsitzbänken“ (gemäss Abklärungen mit dem Rat für Seniorinnen und Senioren).
 - Vertiefte Abklärungen Sitzgelegenheiten Innenstadt (Nachfolgearbeiten „Public Space Public Life Studie“).

- 2018
 - Kreditantrag II und erste Umsetzungen für zusätzliche Sitzbänke Innenstadt (gemäss Nachfolgearbeiten „Public Space Public Life Studie“)
 - Realisierung von 100 neuen Sitzbänken (Projekt UHR).
 - Ersatz von ca. 150 bestehenden Sitzbänken (Umsetzung Motion „Behindertengerechte Sitzbänke dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden!“).
- ab 2019
 - Ersatz von jährlich 50 bis 100 bestehenden Sitzbänken im Rahmen des ordentlichen Unterhalts (laufende Rechnung).
 - Zusätzlicher Ersatz mittels Investitionskrediten (in Etappen).
- 2035
 - Ziel: Sämtliche öffentlichen Sitzgelegenheiten sind durch altersgerechte und hindernis freie Sitzbänke ersetzt.

Fazit

Aus den dargelegten Gründen erachtet der Gemeinderat ein Nutzungskonzept, wie es in der vorliegenden Motion gefordert wird, nach wie vor als nicht zielführend, da es keine neuen Erkenntnisse brächte. Zudem wird die Thematik mit dem Teilprojekt Sitzgelegenheiten des Gesamtprojekts UHR ganzheitlich angegangen.

Mit dem vorgeschlagenen Vorgehen ist gewährleistet, dass das Grundanliegen des Vorstosses langfristig erfüllt wird; die Motion kann daher abgeschrieben werden. Zugleich geht der beschleunigte Ersatz der Sitzbänke mit einem alters- und behinderungsrechten Modell nicht zulasten der übrigen Massnahmen aus dem Projekt UHR, die einen sehr grossen Beitrag zur Sicherheit und Selbständigkeit im Alltagsbereich leisten

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Kosten hängen massgeblich von den zu evaluierenden Sitzbankmodellen ab; dazu werden im Rahmen des 2017 vorgesehenen Kreditantrags Angaben geliefert werden können. Zudem wird es sich zu einem ansehnlichen Teil um „Ohnehin-Kosten“ handeln, da die Sitzbänke im Verlauf der Zeit sowieso ersetzt werden müssten.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die erheblich erklärte Motion abzuschreiben.

Bern, 21. Dezember 2016

Der Gemeinderat